

## Maurice Thorez, Ein Sohn des Volkes

**Legende:** In seinen Memoiren berichtet Maurice Thorez, Generalsekretär der Kommunistischen Partei Frankreichs über die starke Beteiligung der Kommunisten an der Regierung nach dem Zweiten Weltkrieg sowie über ihren Ausschluss aus der Regierung im Jahr 1947.

**Quelle:** THOREZ, Maurice. Ein Sohn des Volkes. Berlin: Dietz Verlag GmbH, 1951. 215 S.

**Urheberrecht:** (c) Karl Dietz Verlag Berlin

**URL:** [http://www.cvce.eu/obj/maurice\\_thorez\\_ein\\_sohn\\_des\\_volkes-de-3cecb139-98f2-448c-84d8-9f172924373a.html](http://www.cvce.eu/obj/maurice_thorez_ein_sohn_des_volkes-de-3cecb139-98f2-448c-84d8-9f172924373a.html)

**Publication date:** 24/10/2012

## Maurice Thorez, *Ein Sohn des Volkes*

[...]

Die Wahlen im Oktober 1945 bestätigten die von unserer Partei gemachten Fortschritte. Das Volk ehrte den Scharfblick und den Patriotismus der Kommunisten. Es gab uns über 5 Millionen Stimmen, was 150 Abgeordnete von 545 bedeutete; es machte uns zur ersten Partei des Landes.

Nach uns kamen mit je über 4 Millionen Stimmen die Republikanische Volksbewegung und die Sozialistische Partei. Zusammen hatten die Sozialisten und die Kommunisten die absolute Mehrheit. Zusammen hätten wir an die Aufgaben des Wiederaufbaus herangehen können. Die Kommunisten und die sozialistischen Arbeiter wollten die Einheit. Aber die sozialistischen Führer verweigerten sie. Die Einheit haben sie stets am meisten gefürchtet.

[...]

Da sich die damals für das französische Volk günstigste Lösung - eine Koalitionsregierung der Kommunisten und Sozialisten - wegen der Weigerung der Sozialisten als unmöglich erwies, sahen wir uns genötigt, für die Formel einer sich auf die Widerstandsbewegung berufende Regierung einzutreten. Eine derartige Regierung wies ernstliche Nachteile auf. Doch konnten unsere Beteiligung, unsere Aktion und unser Einfluß die Sache der Arbeiterklasse und des Volkes fördern, gewisse Reformen ermöglichen und dafür bürgen, daß nicht nur die neue Verfassung verteidigt, sondern auch eine Politik des Friedens und des Fortschritts verfolgt würde.

Die demokratische Regel bestimmte, daß in der Nationalversammlung an erster Stelle stehende Partei eine ihrem Ansehen in Lande entsprechende Vertretung in der Regierung erhielt. Wenn man ihr auch nicht den Posten des Ministerpräsidenten gab, so mußte sie doch wenigstens gewisse leitende Posten erhalten, sollte der unter dem allgemeinen Wahlrecht ausgedrückte Volkswillen geachtet werden. Wir verlangten für einen Kommunisten eines der großen Ministerien: Inneres, Auswärtige Angelegenheiten oder Landesverteidigung. Da griff General de Gaulle zu einer von Blum ausgestreuten Verleumdung und stellte den nationalen Charakter unserer Partei und ihrer Politik in Abrede. In einem Schreiben an General de Gaulle, das veröffentlicht wurde, entgegnete ich auf diese Beleidigung, die der Partei der Hingerichteten zugefügt wurde.

[...]

Es wurde ein Verfassungsentwurf ausgearbeitet, gegen den die Finanzoligarchien alle ihre Kräfte mobil machten. Der Entwurf verkündete die eine und unteilbare, unverwandelbare und unveräußerliche Souveränität des Volkes. Er legte für die Vereinigung mit den Völkern der überseeischen Gebiete den Grundsatz der freiwilligen Zustimmung fest. Er gewährte dem Volk die weitesten wirtschaftlichen und sozialen Rechte: Rechte für Frauen und Kinder, das Recht auf Unterricht, Arbeit und Sicherheit.

Das Bündnis der Republikanischen Volksbewegung mit General de Gaulle und allen anderen reaktionären Kräften brachte den Verfassungsentwurf zum Scheitern. Es mußte eine zweite Verfassunggebende Versammlung gewählt werden. Bei den Wahlen machten wir weitere Fortschritte; die Sozialisten erlitten einen ersten Mißerfolg, der sich besonders zugunsten der Republikanischen Volksbewegung auswirkte, die, wenn auch nur für kurze Zeit, die meisten Mandate erhielt. Die erste Änderung im Kräfteverhältnis hat der heutigen Verfassung ihren Stempel aufgedrückt. Gegen die Koalition zwischen den Sozialisten und der Republikanischen Volksbewegung vermochten wir jene Bestimmungen nicht aufrechtzuerhalten, die der ersten Verfassung einen viel demokratischeren Inhalt gegeben hatten.

Bei den allgemeinen Wahlen im November 1946 erhielt die Kommunistische Partei fünfeinhalb Millionen Stimmen im Mutterlande, wobei sich die Republikanische Volksbewegung (5 033 430 Stimmen) und die Sozialistische Partei (3 454 080 Stimmen) hinter sich ließ. Wir waren die größte Partei mit 186 kommunistischen und den Kommunisten nahestehenden Abgeordneten. Wir vertraten 30 Prozent der

Wählermassen.

[...]

Unser Regierungsprogramm war im Geiste völliger Treue zur Widerstandsbewegung abgefaßt. Es sah vor: eine kühne Politik sozialen Fortschritts, Erweiterung der Demokratie, Frankenschutz, brüderliche Zusammenarbeit mit den überseeischen Völkern, Sicherheit, Reparationsleistungen und Zusammenarbeit mit allen früheren Verbündeten.

Die Kommunistische Partei stellte mich als Kandidaten für den Posten des Ministerpräsidenten auf. Für mich stimmten aber nur unsere Abgeordneten und 80 von etwa 100 Sozialisten.

Darauf richtete das Zentralkomitee unserer Partei an die Leitung der Sozialistischen Partei ein Schreiben und regte an, für den Posten des Ministerpräsidenten eine Sozialisten vorzuschlagen, für den die Arbeiter und die Demokraten mit vereinten Kräften eintreten könnten. Die Sozialistische Partei gab auf unser Schreiben keine Antwort. Sie stellte Léon Blum als Kandidaten auf, ohne die Mehrheit abzugrenzen, auf die er sich stützen wollte. In Wirklichkeit ließ die Regierung Blum, die ausschließlich aus Sozialisten bestand, die Wahlen vom 10. November einfach unter den Tisch fallen, sie war der erste Versuch, uns aus der Regierung auszubooten, eine Etappe auf der Bahn einer reaktionären Politik.

[...]

Trotz dieser Meinungsverschiedenheiten saßen wir in der Regierung und kämpften dort im Interesse der werktätigen Massen, wobei wir manche Vorteile durchdrückten und uns den Machenschaften und Anschlägen der Reaktion bis zu dem Tage widersetzen, an dem wir auf Befehl der amerikanischen Kapitalisten aus dem Ministerrat hinausgedrängt wurden.

Ein jeder von uns hatte in seinem Wirkungskreis das Möglichste getan. Ambroise Croizat hatte die Altersversorgung und die Renten der Arbeitsinvaliden erhöht; er hatte die Abzüge von den Frauenlöhnen abgeschafft und hatte die Urlaubszeit der Jungarbeiter auf drei Wochen und die der Jugendlichen unter 18 Jahren auf einen Monat erhöht. François Billoux hatte das Gesetz über die Kriegsschäden durchgebracht, das alle Ansprüche der vom Krieg Heimgesuchten rechtskräftig machte. Charles Tillon hatte die französische Flugzeugindustrie wieder ins Leben gerufen und hatte die Rüstungsbetriebe, die man schließen wollte, auf die Produktion von Lastwagen, Traktoren, landwirtschaftlichen Maschinen, Werkzeugen und Haushaltgeräten umgestellt. Marcel Paul, dem Auguste Lecoœur zur Seite stand, hatte der Industrieproduktion auf allen Gebieten einen Anstoß gegeben. Laurent Casanova, Minister der ehemaligen Frontkämpfer, hatte die Pensionen aufgebessert, und die Schadenersatzansprüche auf die kriegsgeschädigten Zivilisten unter Einschluß der aus Rassengründen oder zur Zwangsarbeit Deportierten ausgedehnt. René Arthaud, Minister des öffentlichen Gesundheitswesens, den Georges Marrane ablöste, hatte das Kinderamt geschaffen und den Bau von Krankenhäusern in Angriff genommen.

Was mich betrifft, so hatte ich das allgemeine Beamtengesetz ausgearbeitet, das vorsah: die Anerkennung des Gewerkschaftsrechts, die Demokratisierung der Anstellungsbedingungen, die Gleichberechtigung der Geschlechter, Garantien für die Beförderung, den Grundsatz des Existenzminimums (kein Gehalt sollte weniger als 120 Prozent dieses Minimums betragen).

[...]

In einer Sphäre großer Schwierigkeiten und trotz des offenen oder geheimen Widerstandes der Volksfeinde war unser Land auf der Bahn der Wiederherstellung vorwärts geschritten. Dem Volk waren merkliche Verbesserungen zuteil geworden. Es erinnert sich noch der Zeit, als wir in der Regierung saßen, und erkennt, den Rückgang, der bewerkstelligt worden ist, seit wir nicht mehr darin vertreten sind. Das Leben der Werktätigen verschlechtert sich ständig, während die kapitalistischen Profite wachsen; viele Streiks sind ausgebrochen, die von den Machthabern blutig unterdrückt worden sind; die Steuern steigen. Der Franken hat die Hälfte seines Wertes verloren; die Preise haben sich verdreifacht.

Die Reaktion erhebt das Haupt; die echten Widerstandskämpfer werden immer schamloser verleumdet, verfolgt, verhaftet, und verurteilt. Die Verräter und früheren Kollaborateure werden weißgewaschen und in Freiheit gesetzt. Die Wirtschaftsverbrechen der Kriegsgewinnler werden zu den Akten gelegt.

Durch unseren Ausschluß aus der Regierung haben Politiker die Begeisterung und das Vertrauen des Volkes zerschlagen. Man kann aber auf die Dauer nicht ohne das Volk und gegen das Volk regieren, besonders dann nicht, wenn es sich um ein zutiefst republikanisches und patriotisches Volk wie das unsere handelt, das nach Unabhängigkeit verlangt und dem das nationale Interesse am Herzen liegt, und man kann es nicht in einem Lande, in dem der Kommunismus so tiefe Wurzeln geschlagen hat. Eines Tages wird das Volk wieder mit uns vorwärtsmarschieren, einem « freien, starken und glücklichen Frankreich » entgegen.

[...]